

Von allen Seiten bedrängt: Europas NGOs droht das Geld auszugehen

von Federica Di Sario

Eine konservative Kampagne gegen öffentliche Finanzierung setzt einem ohnehin angeschlagenen Sektor zusätzlich zu.

In über 15 Jahren im Non-Profit-Sektor hat Faustine Bas-Defossez noch nie etwas Vergleichbares erlebt. Zwar haben Abgeordnete gelegentlich schriftliche Anfragen gestellt, in denen NGOs zur Offenlegung ihrer Finanzierungsquellen aufgefordert wurden, und es gab auch vereinzelte Kritik. Doch diese früheren Vorfälle wirken wie kleinere Scharmützel im Vergleich zu der Bedrohung, mit der der Sektor heute konfrontiert ist.

Seit dem vergangenen Jahr bemüht sich die konservative Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) gemeinsam mit der rechtsgerichteten Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) und der rechtsextremen Gruppe Patrioten für Europa (PfE), den Einfluss von NGOs auf politische Entscheidungsträger einzudämmen - mit der Begründung, dass Lobbyarbeit eine unangemessene Verwendung von Steuergeldern darstelle.

„Jede Woche passiert etwas Neues; das ist sehr belastend“, sagte Bas-Defossez, die die Abteilung für Natur, Gesundheit und Umwelt beim European Environmental Bureau (EEB) leitet, der größten grünen Organisation in Brüssel. „So etwas hat es noch nie gegeben.“

Europas gemeinnützige Organisationen kämpfen bereits mit sinkender öffentlicher Finanzierung und einem unsicheren wirtschaftlichen Klima, das wohlhabende Spender vorsichtiger werden lässt und die Kaufkraft untergräbt. Wenn die politische Kampagne gegen sie unbeantwortet bleibt, könnten einige gezwungen sein, ihre Arbeit einzustellen.

Genauere Überprüfung

Anzeichen für politische Aktivitäten gegen gemeinnützige Organisationen zeigten sich erstmals im November, als die Europäische Kommission über 30 NGOs eine deutliche Botschaft übermittelte: Sie dürften keine Mittel aus dem LIFE-Programm - einem EU-Fonds für Umweltschutz - mehr für Lobbyarbeit verwenden. Die Begründung lautete, dass Lobbying ein „Reputationsrisiko“ darstelle.

Im Januar veröffentlichte die rechtsgerichtete niederländische Zeitung *De Telegraaf* eine Untersuchung, wonach das Umweltressort der Kommission Klimaschutzorganisationen finanziert habe, um andere Teile der Kommission zugunsten der Green-Deal-Politik zu beeinflussen.

EVP-Abgeordnete griffen das Thema sofort auf und forderten mehr Transparenz bei der Finanzierung von NGOs. Konservative Parteien warfen den Organisationen zudem politische Voreingenommenheit zugunsten linker und umweltpolitischer Ideologien vor.

Die NGOs wiesen die Vorwürfe zurück. Sie betonten, ihre Finanzierungsquellen - auch von der EU - ordnungsgemäß offengelegt zu haben, und versicherten, dass ihre Arbeit

unabhängig sei. Unterstützer sehen in ihrer Arbeit einen Beitrag zum Gemeinwohl und ein wichtiges Gegengewicht zur intensiven Lobbyarbeit großer Konzerne.

In Deutschland stellte Friedrich Merz, der wahrscheinliche nächste Kanzler, der scheidenden SPD-geführten Regierung die Frage, ob staatlich geförderte zivilgesellschaftliche Gruppen politisch voreingenommen seien.

Für Bas-Defossez ist das Ganze eine Form von Abrechnung: „Eine Sache, die die [konservativen Parteien] nicht verdaut haben, ist das Renaturierungsgesetz“, sagte sie und verwies auf die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Durchsetzung der umstrittenen Regelung gegen den erbitterten Widerstand der EVP und anderer rechter Gruppen.

Diese Woche erklärte die EU-Kommission auf Druck der EVP, dass „in einigen Fällen die von den NGOs eingereichten Arbeitsprogramme, die den Betriebszuschussvereinbarungen beigelegt waren, spezifische Lobbyaktivitäten und unangemessene Einflussnahmen enthielten“. Künftig wolle man strengere Schutzmaßnahmen einführen.

Dieses Eingeständnis führte zu einem Rückzieher der EVP, die zuvor auf eine Gesetzgebung gedrängt hatte, um EU-Zahlungen an NGOs umfassender einzuschränken. Für kleinere Organisationen, die bis zu 70 % ihres Jahresbudgets aus solchen Zuschüssen bestreiten, könnte das das Aus bedeuten.

Schrumpfende Geldtöpfe

Die verstärkte politische Kontrolle ist nicht die einzige Bedrohung, die über dem gemeinnützigen Sektor Europas schwebt. NGOs sind von Natur aus stark auf öffentliche Gelder und private Spenden angewiesen - und damit besonders anfällig für politische Veränderungen.

Massive Kürzungen der US-Entwicklungsagentur USAID unter Präsident Donald Trump haben den Druck auf europäische NGOs zusätzlich erhöht, von denen viele auf USAID-Gelder angewiesen waren. Die neue US-Regierung hat Milliardenprogramme gestrichen, die als „verschwenderisch“ galten - insbesondere solche, die als „woke“ bezeichnete Anliegen unterstützen.

„Etwas Vergleichbares hat es bisher nicht gegeben“, sagte Georg von Schnurbein, außerordentlicher Professor für Stiftungsmanagement an der Universität Basel. Er rechnet mit einer Konsolidierungswelle im Sektor: „Man kann nicht mehr davon ausgehen, dass man die gleiche Finanzierung erhält wie früher.“

2021 war die US-Regierung der zweitgrößte Geldgeber für zivilgesellschaftliche Gruppen mit Sitz in Brüssel, wie das Investigativportal *Follow the Money* berichtete. Dieselbe Organisation berechnete, dass die US-Finanzierung 2023 um 41 % gestiegen sei, wobei 11 % davon aus dem USAID-Budget stammten.

Auch europäische Regierungen kürzen ihre Mittel. Schweden - einst einer der weltweit größten Geber für humanitäre Hilfe - kündigte im vergangenen Jahr an, bis 2024 alle Finanzierungsvereinbarungen mit nationalen Nonprofits zu beenden, nachdem unter einer rechtsgerichteten Regierung neue Entwicklungsschwerpunkte gesetzt wurden. Zuletzt kündigten auch die Niederlande unter der von Dick Schoof geführten rechten Koalition neue Kürzungen bei der NGO-Finanzierung an.

Auch andere große Geberländer mit moderaten Regierungen fahren ihre Unterstützung zurück. Frankreich plant im Rahmen seines milliardenschweren Sparhaushalts für 2025, die Entwicklungshilfe im Jahresvergleich um fast 40 % zu kürzen. Deutschland - der zweitgrößte humanitäre Geldgeber weltweit - kündigte bereits im vergangenen Jahr an, die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit halbieren zu wollen.

Dann gibt es noch das Stiftungskapital, das in den letzten 30 Jahren stark gewachsen ist: Das Vermögen privater Stiftungen stieg von 165 Milliarden Dollar im Jahr 1991 auf über 1,2 Billionen im Jahr 2022. Doch trotz dieses Wachstums warnen Experten davor, dass private Spenden die schrumpfenden öffentlichen Mittel für NGOs niemals vollständig ersetzen können.

„Das sind einfach ganz andere Größenordnungen“, betonte von Schnurbein. Private Spenden „werden nie das ersetzen können, was nun verloren gegangen ist.“ Ein Beispiel: 2023 verteilte USAID 16,2 Milliarden Dollar, während die Bill & Melinda Gates Foundation - eine der weltweit reichsten Stiftungen - nur 6,23 Milliarden beisteuerte.

Ein weiterer Unsicherheitsfaktor: Mit politischen Machtverschiebungen könnten die Superreichen ihre Spenden an die neuen politischen Realitäten anpassen - etwa um sich Einfluss zu sichern oder Reputationsschäden zu vermeiden.

Ein Vorgeschmack darauf zeigte sich kürzlich in der EU, als *Breakthrough Energy*, eine von Bill Gates finanzierte Dachorganisation, plötzlich ihre Lobbyarbeit in Washington und Brüssel einstellte. Vermutet wird, dass dies dem Versuch diene, Gates' Ansehen bei Donald Trump wiederherzustellen, nachdem er im Vorjahr 50 Millionen Dollar an eine demokratennahe Nonprofit-Organisation gespendet hatte.

Neuer Ansatz notwendig

Auch wenn Umfang und Intensität der aktuellen Angriffe auf NGOs beispiellos erscheinen, sehen manche Beobachter die Entwicklung als Ergebnis eines jahrelangen Trends. „Der Raum für die Zivilgesellschaft ist seit einem Jahrzehnt auf dem Rückzug“, sagte Alberto Alemanno, Professor für EU-Recht an der HEC Paris und Gründer der Lobbygruppe *The Good Lobby*, gegenüber dem Magazin *The Parliament*.

Wenn die Politik die Rolle von Nonprofits im demokratischen Prozess wirklich schützen wolle, müsse sie alternative Finanzierungsmodelle entwickeln, um diese Organisationen widerstandsfähiger und weniger abhängig von politischen Veränderungen zu machen.

Chloé Mikolajczak, Klima- und Sozialaktivistin mit Sitz in Brüssel, sieht die Entwicklung als Weckruf für die Zivilgesellschaft, enger zusammenzuarbeiten. „Wir müssen viel besser zusammenarbeiten - NGOs, Aktivisten, Forscher und progressive Unternehmen“, sagte sie. „Das ist es, was uns wirklich stärker macht.“

zum Original:

Federica Di Sario, Beset on all sides, European NGOs risk running out of money
The Parliament, 2. April 2025

https://www.theparliamentmagazine.eu/news/article/beset-on-all-sides-european-ngos-risk-running-out-of-money?previewkey=73aa8785bbf5883fb26f69783089533e&utm_medium=email

Der deutschsprachige Beitrag ist ein mithilfe des Programms ChatGPT KI-generierte Übersetzung.